

Stadt Vogtsburg lehnt neue Brunnenpläne ab

Gegen oberirdische Bauwerke

Von **Thomas Rhenisch**

VOGTSBURG. Die Stadt Vogtsburg wendet sich in einer Stellungnahme gegen den oberirdischen Bau von elf Brunnengebäuden in Burkheim. Das Regierungspräsidium (RP) hatte zuvor eine Planänderung beantragt für die Brunnengebäude, die für den Hochwasserrückhalteraum in Burkheim gebaut werden sollen (BZ vom 2. Oktober). Der Gemeinderat billigte einstimmig am Dienstag die Stellungnahme. Eine entsprechende Beschlussempfehlung erging von dem parallel tagenden Burkheimer Ortschaftsrat.

Zur Erinnerung: Anders als im Planfeststellungsbeschluss für den Polder festgelegt will das RP die Schutzbrunnen zur Grundwasserhaltung in Burkheim mit überirdischen, rund 2,90 Meter hohen Brunnenstuben versehen und stellte beim Landratsamt einen Antrag auf Planänderung. Ursprünglich vorgesehen waren unterirdische Brunnenstuben. Doch der kiesige Untergrund erlaube gar keinen unterirdischen Bau, so das RP.

Bürgermeister befürchtet Auswirkungen aufs Stadtbild

Bürgermeister Benjamin Bohn verlas in der öffentlichen Ratssitzung die Stellungnahme der Stadt, in die auch Anregungen aus dem Gremium eingeflossen seien, so Bohn. Die Stadt lehnt die Planänderung ab, weil sie von den an die Oberfläche verlegten Brunnenstuben massive negative Auswirkungen auf das Stadtbild Burkheims befürchtet.

Die Unterlagen, mit denen die Planänderung begründet werden, seien zudem nicht ausreichend; insbesondere liege der Stadt kein Gutachten zur Beschaffenheit des Untergrundes vor. Es würden konkrete Angaben über die Bodenbeschaffenheiten an den elf Standorten fehlen. Anders als das Regierungspräsidium sieht die Stadt durch die Planänderung neue Betroffenheiten, weshalb die Bürger an dem Verfahren beteiligt werden müssten.

Insgesamt sei die Planung nicht ausreichend transparent, viele Aspekte seien nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt worden. Bohn forderte Bürger dazu auf, ihre schriftlichen Einwände ans Rathaus zu schicken – sie sollen zusammen mit der Stellungnahme der Stadt an die Genehmigungsbehörde weitergeleitet werden. Bevor die Stadt juristische Schritte in Erwägung ziehe, wolle sie zunächst auf dem Verhandlungsweg versuchen, eine Einigung zu erzielen, sagte Benjamin Bohn auf eine Frage von Thomas Merkel.

Auch in Breisach-Jägerhof sind oberirdische Brunnenstuben geplant.